

**Niederschrift
über die 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 12.03.2018
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:25 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Levente Sárközy

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dieter Blechschmidt
Herr Ralf Bräunel
Herr Klaus Jäger
Herr Dieter Rappenhöner
Frau Ilka Reißner
Herr Wolf-Rüdiger Ruppin
Herr Thomas Salzmann
Herr Bernd Stubenrauch

Beratendes Mitglied

Herr Ludwig Bergmann
Frau Ilona Gogsch
Herr Matthias Gräf
Herr Thomas Huscher
Herr Rüdiger Müller
Herr Karl-Jörg Rößiger
Herr Frank Thiele
Herr Günter Wetzell

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Rico Kusche	unentschuldigt
------------------	----------------

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Ullmann	FBL Sicherheit und Ordnung	zu TOP 3., 4.
Frau Schramm	FGL Straßenverkehrsbehörde	zu TOP 3., 4.
Frau Wolf	FBL Bau und Umwelt	zu allen TOP
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	zu TOP 6.3.
Herr Schmalfuß	FG Tiefbau	zu TOP 2.
Frau Winkler	FGL Stadtplanung und Umwelt	zu TOP 6.1., 6.2.
Herr Markert	GAV	zu TOP 1.3., 5.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Wehner	Architekturbüro Wehner	TOP 5.
Herr Niehus	Freie Presse	öffentlicher Teil
Herr Piontkowski	Vogtlandanzeiger	öffentlicher Teil, bis TOP 6.

Tagesordnung öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 15.01.2018
 - 1.3. Beantwortung von Anfragen
 - 1.4. Informationen des Bürgermeisters
2. Information über den Ausbau der Rädelsstraße zwischen Forst- und Bahnhofstraße
3. Information zur Ampelkreuzung Straße der Deutschen Einheit/Gottschaldstraße
4. Information über die geänderte Regelung des Rechtsabbiegens von der Siegener Straße in die Straßberger Straße
- 5. Information**
 - 5.1. Errichtung einer öffentlichen WC-Anlage im Rahmen des Neubaus der Tourist-Information am Standort Melanchthonstraße
Drucksachenummer: 729/2018
- 6. Vorberatung**
 - 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. -Ladestationen für E-Autos -,
Reg.-Nr. 257-18 - Stellungnahme der Verwaltung
 - 6.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Ideenwettbewerb Stadtpark -,
Reg.-Nr. 258-18 - Stellungnahme der Verwaltung
 - 6.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Instandsetzung der Plauenschen Straße in Jößnitz,
Reg.-Nr. 267-18 - Stellungnahme der Verwaltung
7. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 38. öffentliche Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird durch Herrn Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, i. V. des Oberbürgermeisters durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen Teil werden die Stadträte Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, und Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 15.01.2018

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 15.01.2018 wird bestätigt.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Herr Bürgermeister Sárközy teilt mit, dass sich die Anfrage von Herrn Stadtrat Jäger aus der Ausschusssitzung vom 12.02.2018 bezüglich einer ÖPNV-Haltestelle vor der neuen Kita Elsteraue noch in Bearbeitung befindet.

Weiter bezieht sich Herr Bürgermeister Sárközy auf die Anfragen von Herrn Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, und Herrn Stadtrat Gerbeth, Fraktion FDP/Initiative Plauen, aus der Stadtratssitzung vom 30.01.2018 zum Thema Kita Elsteraue. Herr Stadtrat Gerbeth fragte nach, wie hoch die Kosten für die 1. Kita in der Elsteraue waren. Weiterhin fragte er nach, ob es den Tatsachen entspricht, dass für die Verkehrsgestaltung (Zufahrt, Gestaltung verkehrsberuhigter Bereich) zur Erreichbarkeit der 2. Kita Teile der Außenanlagen der anderen Kita (Spielgeräte usw.) beseitigt werden müssen. Oberbürgermeister Oberdorfer schlug vor, diese Fragen noch einmal im Stadtbau- und Umweltausschuss darzustellen.

Herr Markert, GAV, stellt die Maßnahme anhand einer Präsentation vor. Zunächst stellt er einen Kostenvergleich der neuen Kita gegenüber der Kita „Sonnenblume“ dar.

Die Gesamtkosten der Kita „Sonnenblume“ beliefen sich auf 1,9 Mill. EUR. Hier konnte ein freies Gelände bebaut werden. Bei der neuen Kita müssen Umbaumaßnahmen an bestehenden Gebäuden durchgeführt werden.

Die Kosten für die geplante Sanierung der Kita Elsteraue belaufen sich auf 5,8 Mill. EUR. Es wurde ein Fördersatz von 67 %, d. h. Fördermittel in Höhe von 3,9 Mill. EUR, zugesichert. Die Zufahrt soll von der Färberstraße über einen Teil der Außenanlage der Kita „Sonnenblume“ verlaufen. Dafür müssen ein Lagercontainer sowie ein Spielturn im Gelände umgesetzt werden. Die derzeitige Zufahrt zur Außenanlage und der Standort der Iglu-Container müssen etwas versetzt werden.

Der Hol- und Bringverkehr würde ebenfalls über die neue Zufahrt verlaufen, im Objekt werden genügend Parkstellflächen geschaffen.

Stadtrat Rappenhöner stellte folgende Fragen zum Außengelände:

1. Warum ist der vom Unikatverein (Weberhäuser) angebotene Flächentausch nicht möglich?
2. Warum muss die sehr große Kastanie hinter dem Nordgebäude weg?
3. Mit dem „kleinen Wäldchen“ auf dem Gelände sollte man restriktiv umgehen, den größeren Baumbestand (Pappeln) stehen lassen.
4. Könnte es die Stadt ermöglichen, dass man über Baumspenden oder Spielgerätespenden einen kleinen Fonds bildet? Hierzu würde durchaus Bedarf bestehen.

Hierzu antwortet Herr Markert, dass dem Ansinnen des Unikatvereins nicht entsprochen werden kann, da den Kindern Spielmöglichkeiten im sonnigen Südwest-Bereich angeboten werden sollen.

Die gesamte Fläche der Hempelschen Fabrik ist als Altlastenverdachtsfläche eingestuft. Es wurden umfangreiche Voruntersuchungen vorgenommen. Im Bereich der Auffüllungen ist ein Bodenaustausch notwendig, bei dem der Erhalt von Großgehölzen äußerst aufwendig ist. Da der Erhalt der Kastanie den Aufwand nicht rechtfertigen würde, wurde der Baum gefällt. Die Fläche soll neu begrünt werden.

Im Rahmen der Voruntersuchungen wurden auch Handlungsempfehlungen für die weiter genutzten Gebäudeteile gegeben. Dies ist zwar auch Altlastenverdachtsfläche, allerdings nicht hochgradig. Um die Altlasten zu entsorgen, kann ein Fördersatz bis zu 85 % beansprucht werden.

Herr Markert teilt noch mit, dass Baumspenden immer willkommen sind. Bezüglich der Sachspenden für die Kita sind zu gegebener Zeit Gespräche mit der künftigen Leitung zu führen. Die Anfrage von Herrn Stadtrat Rappenhöner wurde schriftlich beantwortet.

Herr Bürgermeister Sárközy teilt mit, dass ein Informationsabend für die Eltern der Kita „Sonnenblume“ im Rathaus stattfinden wird, zu dem die Fraktionen herzlich eingeladen sind.

Herr Stadtrat Rappenhöner fragt, ob der Altbaum, der sich noch im Bereich befindet, erhalten werden kann.

Herr Markert erklärt, dass dieser Baum bestehen bleibt.

Weiterhin äußert Herr Stadtrat Rappenhöner, dass die Kastanie nicht hätte gefällt werden müssen. Sie war gerade dabei, sich wieder zu erholen. Für die Kinder der Kita wäre der Baum ideal zur Schattenspendung sowie die Kastanien im Herbst für Bastelzwecke geeignet gewesen.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, ob es denkbar ist, an der Grundstücksgrenze zwischen beiden Kindergärten, wo die Pkw entlang fahren, einen Sicht- und Abgasschutz in Gestalt von Büschen o. ä. anzupflanzen.

Frau Wolf, FBL Bau und Umwelt, erklärt, dass der Sichtschutz bereits Bestandteil der Freiflächenplanung ist. Mit der Kita wird noch abgestimmt, ob dies mit einem geschlossenen Zaun mit Hecke oder nur mit einer Hecke erfolgt.

Herr Müller, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne-Fraktion, spricht noch einmal das Thema Baumspende an. Vor einigen Jahren spendete er einen Baum für die Kita „Sonnenblume“, der ca. 200 EUR kostete. Nun wollte er für den neuen Kindergarten ebenfalls einen Baum spenden. Durch die zuständige Mitarbeiterin im FB Bau und Umwelt wurde ihm mitgeteilt, dass die Satzung derzeit überarbeitet wird und er dann mit einem Preis von ca. 1.000 EUR rechnen muss.

Herr Müller erklärt, dass private Spender sich dies dann nicht mehr leisten können. Damit wird das Engagement der Plauerer Bürger unterdrückt. Er bittet, dies noch einmal zu überdenken.

Herr Bürgermeister Sárközy erläutert, dass die Spenderbäume tatsächlich Kosten von ca. 1.000 EUR verursachen. Durch den FB Finanzverwaltung und den Bereich Controlling wurde darauf hingewiesen, dass die Erträge den Aufwendungen angepasst werden müssen.

Herr Bürgermeister Sárközy teilt allerdings ebenfalls die Meinung, dass die Kosten von 1.000 EUR für die Spender zu hoch angesetzt sind.

1.4. Informationen des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Sárközy informiert, dass die Dürerstraße nach dem Brand im Dachstuhl eines Hauses höchstwahrscheinlich bis Ostern freigegeben werden kann. Der Bauherr hat alle Teilfristen eingehalten.

Frau Schramm, FGL Straßenverkehrsbehörde, ergänzt, dass die verkehrsrechtliche Anordnung bis zum 31.03.2018 erteilt wurde.

Weiterhin informiert Herr Bürgermeister Sárközy über das Thema Sicherheit an Straßenbahnhaltstellen.

Jedes Jahr sollte zumindest eine Haltestelle an der Bundesstraße mit Ampeln gesichert werden, wie Morgenbergstraße, Wartburgplatz, Hofer Straße und Bickelstraße.

Dahingehend wurden Gespräche mit Herrn Petzoldt, Landesamt für Straßenbau und Verkehr, geführt. So konnten an der Morgenbergstraße noch im Jahr 2017 eine Haltelinie und eine Ampel angebracht werden.

Die Lichtsignalisierung mit Fußgängerquerung am Wartburgplatz könnte lt. LASuV erst für 2019 vorgesehen werden.

Zwischenzeitlich erhielt Herr Bürgermeister Sárközy ein Schreiben der Plauener Straßenbahn GmbH mit einer Bildsequenz aus einem Triebwagen heraus, die den Wartburgplatz darstellt. Hier ist deutlich sichtbar, dass durch die Fahrzeugführer die Haltestelle oftmals ignoriert wird und die Fahrgäste am Aussteigen gehindert werden. Dies wurde auch Herrn Petzoldt übermittelt.

Herr Bürgermeister Sárközy schlug Herrn Petzoldt vor, dass die Mitarbeiter der Verkehrsplanung die Planungen der Ampelanlage Wartburgplatz vorbereiten und die Stadt Plauen vorerst die Kosten übernimmt.

Ziel soll sein, dass der Wartburgplatz noch in diesem Jahr gesichert werden kann.

Bezüglich der Haltestellen Bickelstraße und Hofer Straße muss durch das LASuV erst die Vorplanung für den Ausbau der Südinsel fertiggestellt werden. Dies wird bis Ende 2018 erfolgen. Erst dann kann darüber diskutiert werden, was bezüglich der Sicherheit an diesen Straßenbahnhaltestellen möglich ist.

2. Information über den Ausbau der Rädelsstraße zwischen Forst- und Bahnhofstraße

Herr Stadtrat Bräunel, CDU-Fraktion, erklärt sich aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit bei der Planung für dieses Vorhaben befangen (Architekturbüro iBB).

Herr Schmalfuß, FG Tiefbau, erläutert die Maßnahme.

Die Rädelsstraße wird zwischen Bahnhofstraße und Forststraße auf einer Länge von 65 m grundhaft ausgebaut. Die Kosten belaufen sich auf ca. 141.000 EUR. Es ist eine Förderquote von 75 % auf förderfähige Kosten zu erwarten.

Herr Bräunel informiert über die Pflasterung des Bereiches, die auf Seiten des Landratsamtes mit den dort vorhandenen grauen Platten in Richtung Bahnhofstraße fortgesetzt wird. Auf der gegenüberliegenden Seite wird das rote Gehwegpflaster, das bereits im Schloßgebiet bzw. östlich der Bahnhofstraße verwendet wurde, eingearbeitet.

Weiterhin werden zwei aG-Stellflächen eingeordnet und mit zwei Baumpflanzungen kombiniert.

Dabei wird eine Durchfahrtsbreite von 3 m eingehalten, da die Rädelsstraße Lieferzufahrt für die Bahnhofstraße ist.

An der Baumaßnahme werden sich auch die Versorgungsunternehmen beteiligen. Der ZWAV wird die Trinkwasserleitung auswechseln und einen Kanal bauen. Die Stadtwerke Erdgas Plauen GmbH wird die Erdgasleitung erneuern. Die Stadtwerke Strom Plauen werden zusätzliche Rohre für den Breitbandausbau verlegen.

Außerdem wird eine neue Straßenbeleuchtung angebracht und eine Bank aufgestellt.

3. Information zur Ampelkreuzung Straße der Deutschen Einheit/Gottschaldstraße

Herr Bürgermeister Sárközy führt ein, dass diese Information auf eine Anfrage von Herrn Rößiger, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., aus dem Stadtbau- und Umweltausschuss vom 15.01.2018 erfolgt.

Frau Schramm, FGL Straßenverkehrsbehörde, erläutert die Änderung des Knotens anhand einer Präsentation.

Da diese Kreuzung in den vergangenen Jahren Unfallhäufungsstelle war, wurde eine verkehrstechnische Untersuchung durchgeführt. Folglich wurden die Fahrspuren den rechtlichen Bestimmungen angepasst sowie die Ampelschaltung überarbeitet.

4. Information über die geänderte Regelung des Rechtsabbiegens von der Siegener Straße in die Straßberger Straße

Herr Bürgermeister Sárközy teilt mit, dass diese Information auf eine Anfrage von Herrn Rößiger, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., aus dem Stadtbau- und Umweltausschuss vom 15.01.2018 erfolgt.

Frau Ullmann, FBL Sicherheit und Ordnung, erläutert die Verkehrsorganisation von der Siegener Straße in die Straßberger Straße anhand einer Präsentation.

Hier kam es mehrfach zu gefährlichen Situationen sowie Verkehrsstörungen.

Als Verdeutlichung, dass die Rechtsabbiegespur nicht mehr zum eigentlichen Kreuzungsbereich der abknickenden Vorfahrtsstraße gehört, wurden die Fahrspuren getrennt und eine Sperrfläche markiert.

Für die Rechtsabbieger wurde vor der Kreuzung die Wartepflicht mit VZ 205 und Haltelinie angeordnet.

Dem Geradeausverkehr auf der Straßberger Straße wurde die Vorfahrt eingeräumt.

Herr Müller, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne-Fraktion, äußert, dass das Vorfahrtsschild von den Fahrzeugführern kaum akzeptiert wird, da sie sich aus Richtung Siegener Straße auf einer Hauptverkehrsstraße wähen. Außerdem ist das Verkehrszeichen nicht gut sichtbar angebracht.

Herr Rößiger teilt die Meinung von Herrn Müller. Er ergänzt, dass es einen Sichtbarkeitsgrundsatz gibt, der besagt, *dass ein Verkehrszeichen rechtzeitig sichtbar sein muss. Ein Verkehrszeichen muss so aufgestellt sein, dass sie ein Kraftfahrer schon mit einem raschen und beiläufigen Blick erfassen kann. Unklarheiten gehen nicht zu Lasten des Verkehrsteilnehmers. Die Anbringung eines Verkehrszeichens hat so zu erfolgen, dass der Verkehrsteilnehmer ohne weitere Überlegung eindeutig dies erfassen kann.*

Dies sei hier nicht der Fall. Außerdem wird die Sicht noch von einer Litfaßsäule eingeschränkt.

Er schlägt vor, die Litfaßsäule zu entfernen und das VZ 205 an die obere Kurve zu versetzen. Es könnten auch zwei VZ auf der Insel angebracht werden – abbiegende Hauptstraße und Nebenstraße beachten.

Herr Stadtrat Salzmann, CDU-Fraktion, schlägt vor, das VZ auf die Fahrbahn zu markieren.

Die Straßenverkehrsbehörde wird gebeten, die Problematik noch einmal zu prüfen.

5. Information

5.1. Errichtung einer öffentlichen WC-Anlage im Rahmen des Neubaus der Tourist-Information am Standort Melanchthonstraße

Drucksachenummer: 729/2018

Herr Bürgermeister Sárközy führt in die Thematik ein.

Bereits im Jahr 2014 wurde im Stadtbau- und Umweltausschuss das Thema einer öffentlichen Toilette angesprochen. Der Ausschuss hat sich dahingehend positioniert, dass im Jahr 2016 eine öffentliche Toilette am Neustadtplatz entstehen soll.

Diese öffentliche Toilette ist nicht entstanden, auch aus dem Grund, da auf dem Neustadtplatz eine Sporthalle hätte entstehen sollen. Der Beschluss wurde im Stadtrat dazu gefasst.

Ein städtebaulicher Vertrag mit dem Investor kam nicht zustande. Die Sporthalle sollte nun am Lessing-Gymnasium entstehen.

Die Fraktion FDP/Initiative Plauen hat dieses Thema wieder in den HH-Beratungen aufgeworfen.

Herr Bürgermeister Sárközy hat innerhalb der Verwaltung eine Arbeitsgruppe einberufen, die sich mit der Problematik befasst. Es sollte nicht nur eine öffentliche Toilette allein entstehen, da hier das Problem besteht, dass diese leicht dem Vandalismus zum Opfer fallen kann. Zum anderen sollte das Thema so bearbeitet werden, dass die Toilette dort entsteht, wo viele Leute vorbeikommen.

So ist die Idee entstanden, dass eine öffentliche Toilette mit der Tourist-Information auf der Melanchthonstraße zusammengefasst werden könnte.

Perspektivisch ist vorgesehen, die Touristen näher an die Innenstadt heranzubringen. Der Neustadtplatz könnte für andere Konzepte zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig würde bezüglich der Sicherheit und Ordnung in der Innenstadt mit diesem Neubau die soziale Kontrolle am Tunnel verbessert werden.

Herr Wehner, Architekturbüro Wehner, erläutert das Projekt anhand einer Präsentation.

Das Gebäude, bestehend aus zwei Baukörpern, soll direkt im Bereich Unterer Graben/ Postplatz/Melanchthonstraße neben dem Wendedenkmal stehen. Im barrierefreien Eingang würde die Tourist-Information für die Besucher zugänglich sein, in einem versetzten Bereich soll der Verwaltungsbereich untergebracht werden. Im Untergeschoss würden die öffentlichen WC-Anlagen entstehen.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob die denkmalgeschützten Fenster des dort befindlichen alten Gebäudes eine Rolle spielen.

Frau Winkler, FGL Stadtplanung und Umwelt, geht nicht davon aus, dass das alte Gebäude unter Denkmalschutz steht, wird dies aber noch einmal überprüfen.

Weiterhin ist Herr Stadtrat Jäger der Meinung, dass der geplante Busparkplatz auf der Melanchthonstraße mit dem Stadtratsbeschluss der „Grünen Klammer“ und Umgestaltung des dortigen Areals kollidiert. Er kann sich auch nicht vorstellen, dass für Busse ausreichend Platz ist.

Herr Bräunel, CDU-Fraktion, findet die Verlegung der Tourist-Information sinnvoll. Er stellt die Frage, ob sich mit dieser Informationsvorlage der damalige Beschluss zum öffentlichen WC auf dem Neustadtplatz aufhebt. Aus seiner Sicht besteht der Beschluss noch.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, kann nicht verstehen, warum auf der Melanchthonstraße ein WC gebaut werden soll, obwohl sich dort bereits eins befindet. Auf der anderen Seite der Stadt, am Neustadtplatz, würde es trotz allem fehlen.

Weiter schließt sich Herr Gräf der Meinung von Herrn Stadtrat Jäger an, dass die Melanchthonstraße zu eng für die Durchfahrt mit Reisebussen ist.

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., fragt, ob das gegenwärtige Gebäude, in dem die Gärtner der ISP untergebracht sind, abgerissen wird.

Weiterhin weist Frau Dr. Gogsch darauf hin, dass die dahinter befindliche Mauer sich im Eigentum der Luthergemeinde befindet.

Herr Bürgermeister Sárközy teilt mit, dass die Kirche bereits ihr Einverständnis erklärte.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, erinnert, dass er im Jahr 2013 die Idee eines Caravan-Stellplatzes auf dem Neustadtplatz einbrachte, um weitere Touristen anzulocken.

Damit kam das Gespräch über die Notwendigkeit einer öffentlichen Toilette in diesem Bereich auf. Dies wurde dann aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel abgelehnt. Nun soll für weit mehr etwas Neues gebaut werden. Dies ist aus seiner Sicht nicht notwendig. Er vertritt die Meinung, dass dieser Standort beibehalten werden sollte.

Herr Bürgermeister Sárközy erklärt, dass sich die Kosten auf ca. 1 Mill. EUR belaufen, bei der mit Fördermitteln von 80 % gerechnet werden kann. Die Stadt Plauen müsste einen Eigenanteil von 200.000 EUR aufbringen.

Im Bereich Melanchthonstraße befinden sich zwei Fördergebiete – Plauen Mitte mit Sanierung des Rathauses sowie die Neugestaltung der Melanchthonstraße zwischen Theaterstraße und Tunnel. Dazu würde das geplante Projekt passen. Im Eigentum der Stadt Plauen befindet sich auf der Melanchthonstraße noch ein Grundstück, auf dem derzeit die Schüler der Berufsakademie parken. Dort könnten eventuell ein Busparkplatz eingerichtet werden. Ein endgültiges Konzept liegt allerdings noch nicht vor.

Es wurde auch bereits mit Touristikfachleuten diskutiert, darunter auch Frau Weck von der Pressestelle der Stadt Plauen. Auch sie ist der Meinung, dass sich der Neustadtplatz zu weit weg von der Altstadt befindet und die Melanchthonstraße eine sinnvolle Alternative wäre. Die Melanchthonstraße müsste selbstverständlich so gestaltet werden, dass die Busse diese gut befahren können.

Herr Bürgermeister Sárközy erläutert weiter, dass der Neustadtplatz für Touristen keine gute Visitenkarte der Stadt Plauen ist. Um den Zustand deutlich zu verbessern, ist ein hoher finanzieller Aufwand notwendig. Da der Neustadtplatz nicht in einem Förderprogramm liegt, kann hier auch nicht mit Fördermitteln gerechnet werden. Der Neustadtplatz sollte wieder als Potentialfläche für eine Bebauung gesehen werden.

Herr Bürgermeister Sárközy bittet die Ausschussmitglieder um ein Signal, ob an diesem Thema weiter gearbeitet werden soll. Es würde noch vor der Sommerpause eine Beschlussvorlage vorbereitet werden, um die Fördermittel beantragen zu können.

Herr Gräf kann die Auffassung nicht teilen, dass der Neustadtplatz keine Visitenkarte ist. Im Bereich befinden sich die Postsäule, die Alte Elsterbrücke, der Zugang zu den Elsterterrassen. Die Melanchthonstraße ist kein Gegenargument, um die Altstadt besser zu erreichen. Nur um Fördermittel für die neue Tourist-Information erhalten zu können, sollte das WC am Neustadtplatz und Stellplätze für Caravans nicht aufgegeben werden.

Herr Stadtrat Ruppin, CDU-Fraktion, ist von dem Projekt der neuen Tourist-Information begeistert. Trotz allem sollte der Neustadtplatz perspektivisch als Caravan-Stellplatz nicht aus den Augen verloren werden.

Wie die Durchfahrt und das Parken mit Bussen auf der Melanchthonstraße funktionieren soll, sollte erst einmal ein Plan vorgelegt werden, bevor darüber entschieden wird.

Herr Stadtrat Bräunel, vertritt ebenfalls die Meinung, dass man die Tourist-Information Melanchthonstraße und das WC Neustadtplatz getrennt betrachten sollte. Das Eine soll kein Ersatz für das Andere sein.

Herr Bürgermeister Sárközy teilt abschließend mit, dass das Projekt weiter verfolgt und der Förderantrag vorbereitet wird.

Sobald ein Plan für die Gestaltung der Melanchthonstraße erarbeitet wurde, wird dieser den Ausschussmitgliedern zur weiteren Beratung vorgelegt.

6. Vorberatung

6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. -Ladestationen für E-Autos -, Reg.-Nr. 257-18 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Frau Winkler, FGL Stadtplanung und Umwelt, verliest die Stellungnahme der Verwaltung. Sie erklärt, dass sich vier öffentliche Lademöglichkeiten in der Stadt Plauen befinden, z. B. am Klostermarkt und Parkplatz Syrastraße.

Allerdings sind in der Stadt Plauen derzeit nur 9 und im Vogtlandkreis 39 Fahrzeuge angemeldet.

Vorsorglich weitere Ladestationen zu errichten, wäre in diesem Stadium nicht sinnvoll.

Herr Bürgermeister Sárközy ergänzt, dass die Stadt Plauen derzeit eine Mobilitätsstrategie erarbeitet.

Zum Jahresende soll den Ausschussmitgliedern vorgelegt werden, wie man das Thema maßvoll unterstützen kann.

Ladesäulen zu errichten, sieht Herr Bürgermeister Sárközy nicht als kommunale Aufgabe, dazu werden eher Partner gesucht. Auch müssen rechtliche Gegebenheiten geprüft werden, wie das Thema gefördert werden kann.

Die Stadt Plauen hat derzeit für das Ordnungsamt ein Hybridfahrzeug angeschafft.

Herr Stadtrat Bräunel, CDU-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion im Jahr 2017 einen ähnlich lautenden Antrag stellte. Dieser wurde zurückgestellt, weil bis Anfang 2018 eben diese Mobilitätsstrategie versprochen wurde. Er schlägt vor, auch den Antrag der Fraktion DIE LINKE. zurückzustellen, bis das Arbeitspapier der Verwaltung vorliegt.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, weist darauf hin, dass die Stadt Plauen als Mitinhaber der Stadtwerke Strom den Trend Elektromobilität voranbringen soll.

Herr Thiele, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, als Geschäftsführer der WbG Plauen möchte ebenfalls konzeptionell mit dem Thema umgehen, eventuell können in Parkhäusern der WbG Ladesäulen errichtet werden.

Allerdings stellt sich ihm auch die Frage, ob dies derzeit wirtschaftlich ist. Für die Zukunft muss aber darüber nachgedacht werden.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, gibt zu bedenken, dass sich nur wenige ein Elektrofahrzeug leisten können. Er sieht es nicht als Aufgabe einer klammen Kommune, Schnellladesäulen zu errichten.

Herr Bürgermeister Sárközy teilt mit, dass die Stadt mit den Stadtwerken Strom im Gespräch ist. Das Netz ist allerdings nicht dafür ausgelegt, flächendeckend Schnellladestationen zu speisen.

Frau Stadträtin Reißner, Fraktion DIE LINKE., bittet darum, die Standorte der Ladesäulen öffentlich zu machen.

Herr Rappenhöner schlägt vor, im Fazit der Verwaltung das Wort „möglich“ zu streichen.

Herr Stadtrat Jäger erhält den Antrag seiner Fraktion aufrecht.

Herr Stadtrat Bräunel bittet, einen verbindlichen Termin für die Konzeption mit in den Antrag aufzunehmen.

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2018 ein Grobkonzept Elektromobilität vorzulegen.
2. Die Errichtung von E-Ladesäulen wird als mögliche Option bei Bauprojekten geprüft und entsprechend umgesetzt. Dies ist in Abhängigkeit der gesamten Entwicklung der Elektromobilität zu sehen.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, keine Stimmenthaltung

**6.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Ideenwettbewerb Stadtpark -,
Reg.-Nr. 258-18 - Stellungnahme der Verwaltung**

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Antrag.

Frau Winkler, FGL Stadtplanung und Umwelt, legt die Stellungnahme der Verwaltung dar. Sie erklärt, dass für den Stadtpark ein Masterplan erstellt werden soll. Hier soll zunächst eine Bestandsaufnahme erfolgen sowie die weiteren Ziele dargelegt werden. Dafür stehen in diesem Jahr 10.000 EUR zur Verfügung.

Es sollen zwar Ideen für die zukünftigen Projekte im Stadtpark gesammelt werden, aber ein Ideenwettbewerb wäre zu groß angelegt. Es sollte vorerst die „Bürgerwerkstatt Stadtgrün“ mit dem Thema betraut werden.

Herr Stadtrat Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, äußert, dass die Bürgerwerkstatt einen zu kleinen Rahmen bietet. Die Bürger der Stadt Plauen sollten über die öffentlichen Medien aufgerufen werden, kreative Ideen einzubringen.

Herr Bürgermeister Sárközy weist darauf hin, dass jeder Bürger die Bürgerwerkstatt besuchen kann. Er geht davon aus, dass solch ein Thema die Bürgerwerkstatt sogar aufwerten würde, da hier diejenigen kämen, die sich für den Stadtpark interessieren.

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., ist der Meinung, dass die Bürgerwerkstatt dann anders angelegt werden müsste. Wenn eine solche Diskussion in der Bürgerwerkstatt gewünscht wird, muss der Bürger erst an bestimmte Grundsätze und Prämissen herangeführt werden, die im Rahmen der Althistorie des Stadtparks, der Verbindung zwischen Stadtzentrum und Stadtpark und angrenzenden Arealen, die möglicherweise aufgewertet werden können, vorherrschen.

Frau Winkler schlägt vor, dass das Thema zunächst in der Bürgerwerkstatt vorgestellt wird. Über einen Wettbewerb kann dann weiter entschieden werden.

Herr Thiele, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, spricht sich ebenfalls für die Thematisierung in der Bürgerwerkstatt aus. Er befürchtet, dass ein öffentlicher Ideenwettbewerb hohe Kosten verursachen würde.

Frau Stadträtin Reißner, Fraktion DIE LINKE., fragt an, ob über den Dachverband Stadtmarketing die Sache in die Öffentlichkeit getragen und werden kann. Damit könnte auch die Arbeit der Bürgerwerkstatt besser bekannt gemacht werden.

Herr Bürgermeister Sárközy sagt zu, den Dachverband Stadtmarketing dahingehend anzusprechen.

Herr Müller, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne-Fraktion, erklärt, dass der Stadtpark recht attraktiv ist, aber die Zuwegung sich in einem miserablen Zustand befindet. Erst müsste hier eine Gestaltung erfolgen, um die Bürger wieder in den Stadtpark zu locken.

Herr Stadtrat Jäger hält den Antrag seiner Fraktion aufrecht.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen über den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, 4 Stimmenthaltungen

Der Antrag wird dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

6.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Instandsetzung der Plauenschen Straße in Jößnitz, Reg.-Nr. 267-18 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Antrag.

Herr Bürgermeister Sárközy merkt an, dass, wenn der Antrag Mehrheit bekäme, der beschlossene HH-Plan geändert werden müsse. Mittelfristig ist die Maßnahme eingeordnet.

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, nimmt zum Antrag Stellung.

Die Maßnahme Instandsetzung Plauensche Straße in Jößnitz würde Baukosten in Höhe von ca. 1 Mill. EUR in Anspruch nehmen. Die Planungskosten liegen bei 100.000 EUR. Bei einem Fördersatz von 80 % ist ein Eigenanteil von 200.000 EUR zu erbringen.

Wenn dies in den Haushalt 2018 noch eingeordnet werden würde, müsste dafür ein Deckungsvorschlag erbracht werden. Dies könnte wiederum zu Lasten anderer Baumaßnahmen gehen.

Es liegt hier auch keine Verkehrsgefährdung vor.

Die Stadt Plauen schlägt vor, die Planung der Maßnahme von 2021 in das Jahr 2019 vorzuziehen und den Bau im Jahr 2022 einzuordnen.

Herr Bürgermeister Sárközy ergänzt, dass die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen in ihrer Priorität höher eingestuft sind.

Die Fraktion DIE LINKE. zieht ihren Antrag zurück.

7. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Frau Dr. Gogsch, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., bezieht sich auf die Europäische Wasserrahmenrichtlinie. Der 1. Zyklus hatte zur Zielstellung, dass 2015 ein guter ökologischer Zustand der fließenden Gewässer erreicht werden sollte. Wenn das nicht der Fall ist, dann wäre 2015 ein neues Maßnahmenprogramm aufzustellen und bis 2018 umzusetzen.

Fr. Dr. Gogsch möchte wissen, was in den Jahren 2015 – 2017 erreicht wurde und was für das Jahr 2018 vorgesehen ist, um den guten ökologischen Zustand unserer Gewässer 2. Ordnung auf der Basis der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie erfüllt zu haben. Von Herrn Bürgermeister Sárközy wird eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Weiterhin weist Frau Dr. Gogsch hin, dass die Uhr im Bereich der Raiffeisenbank derzeit nicht funktionstüchtig ist.

Plauen, den

Plauen, den

Levente Sárközy
Bürgermeister

Bernd Stubenrauch
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Angela Gebhardt
Schriftführer

Dieter Blechschmidt
Stadtrat